

waren. Das Gleiche nicht auch bei den Kriegsschädigten geschieht, muß ein Gegenstand eifriger Bemühens sein. Darauf hinzuwirken, gibt gerade der Bayerische Auffass allen Anlaß. Er leitet mit folgender Behauptung ein:

Bei allen Besprechungen und Erörterungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge spielt eine große Rolle die Behauptung, daß nach dem Friedensschluß bei den Kriegsschädigten und in höherem Grade noch bei den im Kriegsdienst Erkrankten die Rentensucht eine unheimliche Ausdehnung gewinnen und in sehr vielen Fällen zu beträchtlichen Rentenneurosen führen werde.

Diese allgemeine Behauptung ist nicht nur vollständig unzutreffend, sondern kennzeichnet auch den Verfasser und seine Hintermänner. Bezeichnend ist, daß der ganze Auffass des Dr. Weber von dem Grundgedanken getragen wird, daß geringe Renten das beste Mittel seien, nervösen Erkrankungen entgegenzuwirken. Er sagt:

In denjenigen Fällen, in denen ein wirkliches Mißverhältnis zwischen Rentenhöhe und Verlust an bürgerlichem Einkommen und dadurch tatsächliche Not entsteht, wird durch besondere private oder öffentliche Unterstützungen nachgeholfen werden können, wie Reichner kürzlich betont hat. Es wird nur wichtig sein, diese Nebenbezüge nicht so weit zu verallgemeinern, daß sie in den Gesichtskreis der Rentensüchtigen kommen und hier Unheil anrichten. Da es sich aber nicht um gesellschaftliche Rechte, sondern um außerordentliche Zuwendungen handelt, die nach ganz anderen Gesichtspunkten vergeben werden, so wird es wohl gelingen, etwaige Einflüsse auszuscheiden, die der heilsamen Beschränkung der gesellschaftlichen Rente entgegenwirken könnten.

Mit anderen Worten: An den heimkehrenden Kriegern mit nervösen Erkrankungen soll eine Kur nach Dr. Eisenbart vollzogen werden. Man gibt eine knappe Rente, läßt die Kranken Menschen ein wenig hungern und dadurch wird das nervöse Leiden von selbst der Besserung entgegengehen. In wunderbarer Weise wünscht also der Herr Dr. Weber den kriegsschädigten Männern den Dank des Vaterlandes abzustatten. Wahrhaftig, für solche Kranke und verkrüppelte Leute besteht wirklich nicht die Gefahr, daß durch den Krieg die früher gemachten Schulden getilgt worden sind. Das trifft wohl nur auf die Geldharrer zu, die neben ihrem Zivileinkommen monatlich 780 Mark beziehen, wie kürzlich im Reichstag ausgeführt wurde. Mit einem solchen Einkommen braucht man nicht zu hungern und kann nebenbei die zu Friedenszeiten gemachten Schulden bezahlen. Wäre nicht hier eine Reorientierung eher möglich?

Rechenheim, 17. Jan. (Eine gewisse Ueberraschung) war für viele unserer Einwohner die erst jetzt bekannt gewordene Tatsache, daß unsere Gemeindevertretung dem hier zusammengekommenen Landsturm-Ersatz-Bataillon „Rechenheim“, z. B. in Hammerstein i. W. in Garnison stehend, 1000 Mk. als Weihnachtsgeschenk überwiesen hat. Den Landsturmeinheiten, die zweifellos in ihrer Mehrzahl nicht an Ueberfluß leiden, ist diese Zuwendung schon zu gönnen, nur sollten sich die Herren, die in diesem Falle ihr weiches Herz offenbarten, auch bei anderer Gelegenheit der schönen Tugend des Wohlwuns und Mitgefühlens bewußt sein. Viele unserer Kriegserkrankten werden staunen ob solcher Freigiebigkeit ohne zureichenden Grund und mit dem Gefühl des Unwillens sich der Auseinandersetzungen erinnern, die sie wegen der Kriegsunterstützung mit unseren maßgebenden Herren hatten. Wohl nicht ohne Grund ist dieser Beschluß der Gemeindevertretung in nichtöffentlicher Sitzung gefaßt worden. Die Herren hatten zweifellos das Bewußtsein, daß ihr Handeln nicht im Einklang mit dem Empfinden der Mehrheit der Einwohnerschaft stand.

Rechenheim, 17. Jan. (Zur örtlichen Parteipolportage.) Mit dem 1. Januar ist der Vertrieb des „Wahren Jakob“ und anderer parteigegenständlicher Presseerzeugnisse, wie auch solcher anderer Tendenz, in andere Hände übergegangen. Es werden durch diesen Wechsel unvermeidliche Fehler in der Zustellung der Zeitchriften zu verzeichnen sein, die aber bald behoben werden, wenn die Abonnenten mit dazu beitragen, daß sich die Zustellung ohne Schwierigkeiten und unliebsame Zeitverläumnisse für den Austräger vollzieht. Ru-anmeldungen von Abonnements auf „Wahrer Jakob“, „Freie Stunden“ usw. nimmt Genosse Jean Ruth, Zigarrenhandlung, Langstraße, entgegen.

Hannau, 19. Jan. (Bestandsaufnahme für Saatgetreide im Stadt- und Landkreis Hannau.) Hierzu schreibt der Landrat: Durch Bundesratsverordnung vom 13. Januar 1916 über Saatgetreide ist folgendes angeordnet worden: „Mit dem Beginne des 15. Januar 1916 ist alles im Reich vorhandene Saatgetreide, soweit es aus der Beschlagsnahme nach der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Getreidejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 363) frei geworden ist, für den Kommunalverband beschlagsnahmefähig, in dessen Bezirk es sich befindet. Saatgetreide, das sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Transport befindet, wird für den Kommunalverband beschlagsnahmefähig, in dessen Bezirk es nach beendetem Transport abgeliefert wird. Für das hiernach beschlagsnahmefähige Saatgetreide gelten die Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Getreidejahr 1915 vom 28. Juni 1915. Wer mit dem Beginn des 15. Januar 1916 hiernach beschlagsnahmefähiges Saatgetreide in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, es dem Kommunalverband des Lagerungsorts bis zum 20. Januar 1916, getrennt nach Arten und Eigentümern, anzuzeigen. Saatgetreide der genannten Art, das sich zu dieser Zeit auf dem Transport befindet, ist von den Empfängern unverzüglich nach dem Empfang dem Kommunalverband anzuzeigen. In der Anzeige sind die einzelnen Brotgetreidearten getrennt aufzuführen. Wer die ihm nach Abs. 3 Satz 1, 2 und 4 obliegende Anzeige nicht in der geforderten Frist erstattet, oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.“

Hannau, 19. Jan. (Scharfschießen.) In dem Gelände zwischen Wilschhofheim, Bergen, Niederdorf, Oberdorf, Wachenbuchen und Hochstadt findet Freitag den 21. und Samstag den 22. Januar ein Scharfschießen statt. Das Beziehen des Geländes ist von 10 Uhr vormittags ab bis zur Beendigung des Schießens verboten.

Neu-Idenburg, 18. Jan. (Zu der Gemeinderats-sitzung) am Freitag wurde das Baugebiet des Hs. Arebs an die Baukommission verwiesen. Frau Dorothea Frankenberg ersucht in einem Schreiben um die Enteignung des in der Wollstraße zwischen Roon- und Lammstraße liegenden ihr gehörenden Grundstückes mit dem Hinweis, daß die Gemeinde durch die Legung der Röhre für Gas und Wasser bereits davon Besitz ergriffen hätte. Da durch den Krieg die ganze Bauwirtschaft lahmgelegt ist und die Anlieger die Kosten für die Entgegung aufzubringen hätten, wird die Enteignung bis nach dem Kriege zurückgestellt. Über Erhebung von Kanalbenutzungsgebühren war von der Kommission eine Sitzung ausgesetzt worden, nach welcher 3 Prozent des Mietwerkes und bei gewerblichen Betrieben ein Zuschlag erhoben werden soll. Der Hausbesitzerverein ersucht, die Tragung der Ge-

bühren nicht den Hausbesitzern allein zu überlassen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß in den vorliegenden Musterkassungen die Aufbringung der Kosten verschieden ist; nach dem Mietwert der Häuser, auf die Steuerzahler, nach der Brandversicherung usw. Jeder Robus werde seine Ungerechtigkeit haben. In einer längeren Aussprache wurde für Aufbringung der Kosten durch die Hausbesitzer (die dann die Kosten auf die Miete schlagen) und der Erhebung durch die Gemeinde von Hausbesitzer und Mieter das Wort geredet. Hierbei kam zum Ausdruck, daß das erstere das Billigere für die Gemeinde sei, das letztere sehr viele Verluste durch die Fluktuation der Gemeinde als Grenzort bringen werde. Es würde so kommen wie bei der Einführung der Wasserleitung. Die Hausbesitzer werden sagen, die Wohnung kostet so viel und 50, 75 Pfennig, 1 Mark Kanalgebühren. Nach ein paar Jahren wird es heißen, die Wohnung kostet so viel, worin dann die Gebühren eingerechnet sind. Es wurde von einem Beschluß abgesehen und auf Antrag des Gemeinderats Besenck beschlossen, den Hausbesitzern zu ersuchen, eine Kommission von 2 bis 3 Herren zu bestimmen, die mit der Kommission über die Aufbringung der Kosten beraten solle. Während der Aussprache fragte Gemeinderat Freitag, ob der Beigeordnete krank sei, weil man ihn schon lange hier nicht gesehen habe. Darauf erwiderte der Bürgermeister, daß er dem Beigeordneten diese Woche eine Arbeit übertragen habe, worauf dieser brieflich mitteilte, er sei krank. Gemeinderat Besenck regte an, daß die Pflanzung der brachliegenden Grundstücke beizugehen vorgenommen und von der Gemeinde Sämereien, Saatkartoffeln usw. den Einwohnern zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt werden sollten.

Wibbel, 18. Jan. (Tot aufgefunden.) Die Ehefrau des Weibhändlers Ludwig Vater wurde als Leiche aus der Widda geborgen. Vermutlich suchte sie in einem Anfall von Geistesgestörttheit den Tod.

Wad-Rauheim, 18. Jan. (Einbruch.) Ein nächtlicher Ladeneinbruch in ein hiesiges Kolonialwarengeschäft brachte den Dieben den Inhalt der Ladentasse in Höhe von annähernd 100 Mark.

Wichthaus, 18. Jan. (Zimmer neue Verheimlicher.) Bei der zweiten Getreidebestandsaufnahme wurden in einem Orte 600 Zentner Roggen mehr festgestellt als man im letzten Herbst geschätzt hatte.

Wersfeld, 18. Jan. (Falsche Angaben.) Weil sie über ihre Getreidebestände falsche Angaben machten, wurde drei Landwirten aus Wershausen das Recht der Selbstversorgung entzogen. Ferner erkannte die Behörde auf Eingehung der gesamten Getreidebestände. — Außerdem verfügte das Landratsamt die Schließung einer Mühle in Wershausen, weil der Mühlenbesitzer sich bei der Befolgung der ihm auferlegten kriegswirtschaftlichen Vorschriften zu wiederholtenmalen als unzuverlässig erwies.

Wiesbaden (Oberlahnkreis), 18. Jan. (Verunglückt.) Auf der Eisensteingrube „Schattenbach“ bei Grävened verunglückte der verheiratete Bergmann Christian Klein von hier durch herabstürzendes Gestein. Er erlitt bedenkliche Quetschungen des Brustkorbes. Durch abprallendes Gestein verunglückte der Bergmann und Dachbeder Wilhelm Löw aus Wolfenhausen auf der Dachschiefergrube Langhede am rechten Auge so sehr, daß er sich sofort in die Klinik nach Gießen begeben mußte.

Aus Frankfurt a. M.

Soziale Kriegsarbeit.

Der zweite Vortragsabend des „Allg. deutschen Frauenvereins“ brachte gestern Abend die Referate des Herrn Dr. Schlotter und der Frau Ennenbach über: „Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt während des Krieges.“ Alles in allem wurde der Eindruck des ersten Abends noch gesteigert, daß — ohne irgendwo in die Tiefe zu gehen — in diesen Vorträgen über Einzelgebiete der Kriegswirtschaft das wiederholt wird, was längst zur Genuge in der Presse breitgetreten ist, und daß dabei mehr der Hype der Selbstausstellung eines guten Zeugnisses als der der Belehrung und Aufklärung über soziale Probleme verfolgt wird.

Das erste Referat suchte zu zeigen, wie die großen anfänglichen Schwierigkeiten, die sich aus der Verkehrs- und Wirtschaftslage der ersten Kriegszeit ergaben (Arbeiter- und Angestelltenentlassungen, anwachsende Arbeitslosigkeit) durch die Maßnahmen der Regierung und vor allem durch die rasche Anpassungsfähigkeit der Industrie (Uebergang zur Herstellung von Heeresbedarfsmaterialien) glänzend überwunden worden sind; wie die Verteilung der Heeresaufträge über das ganze Reich, die Sicherstellung des Rohstoffbedarfes für militärische Zwecke, neue Erfindungen den Arbeitsmarkt günstig beeinflusst haben; wie weiter die Maßnahmen zum Ausbau des Arbeitsnachweises, das Sichefinden der Arbeiter in den Berufswechsel für die Arbeiter den Arbeitsmarkt allmählich immer günstiger gestaltet und schließlich zu der Umkehrung des Verhältnisses der offenen Stellen zur Zahl der Arbeitsuchenden geführt haben. Man kann von einem Siegeszug unserer Industrie reden, die durch ihre Anpassung während des Krieges reichliche Beschäftigungsmöglichkeit geboten hat. Die künftige Politik muß großzügig in dieser Richtung arbeiten, denn wichtig ist vor allem, wie sich nach dem Kriege die Verhältnisse gestalten werden, wenn die Kriegslieferungen aufhören und die Kriegswirtschaft wieder zur Friedenswirtschaft umorganisiert werden muß. Vordringlich wird die Fürsorge für die Kriegsschädigten in erster Linie durch Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit für sie, diese ist ja schon da und dort, z. B. in Frankfurt a. M. mühselig in die Wege geleitet. Dann wird es sich darum handeln, durch Regulierung der Militär-Entlassungen (zuerst der Verheirateten und Festangestellten) den Arbeitsmarkt nicht mit Arbeitsuchenden zu überfüllen, durch innere Kolonisation (Moorkultur, Beseitigung des neu gewonnenen Kulturlandes) neue Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen und durch eine zentrale, einheitliche Regelung des Arbeitsmarktes ausgleichend zu wirken. Durch eine derartige großzügige Politik muß der Krieg zum Segen für die Arbeit werden!

Frau Ennenbach führte aus, daß der Arbeitsmarkt der Frauen vor dem Kriege unvollständig und zerstückelt organisiert gewesen sei, was sehr ungünstig auf die Stellenvermittlung eingewirkt habe. Nach dem Kriegsausbruch sei ja in Zusammenarbeit des Arbeitskomites mit dem Nationalen Frauendienst eine gewerbliche Abteilung ins Leben gerufen worden, aber im August 1914 sei der Ansturm der Arbeit suchenden Frauen furchtbar gewesen (4719 Frauen). Zu den arbeitslosen Frauen aus Industrie und Handel seien die Kriegsfrauen gekommen, die mit einem

Male beruflich arbeiten wollten, um der anhebenden Not zu begegnen. So sehr auch die Aufträge der Heeresverwaltung eine Entlastung des Arbeitsmarktes bewirkt hätten, so sei es infolge der Unkontrollierbarkeit der Heimarbeiter zu großen Lohnrückgängen gekommen; das sei durch die Einrichtung der gemeinsamen Nähstuben, der Werkstätten für Heimarbeiterinnen besser geworden, durch Strick- und sonstige Notstandsarbeiten habe man der Not entgegengewirkt. Trotz alledem sei die Arbeitslosigkeit der Frauen im Verhältnis zu der der Männer viel langsamer zurückgegangen, nicht zuletzt infolge des Schwankens und der Kurzfristigkeit der Heeresaufträge. Durch die Verwendung der Frauen bei Straßenbahn, Post und in sonstigen Betrieben, wo sie als Ersatz der Männer herangezogen wurden, sei in neuerer Zeit eine Besserung der Verhältnisse festzustellen. Auch den Frauen sei die Aufgabe des Umlernens und des Sichefindens in neue Bedürfnisse in allen Betriebszweigen erwachsen; und sie seien ihr gewachsen gewesen. Was die Arbeitslöhne betreffe, so seien sie bei gleicher Arbeitsleistung doch wesentlich geringer geblieben als die der Männer. Notwendig erweise sich in der Zukunft eine Regelung der beruflichen Bezahlung der Frauen und vor allem müsse man zu Ruhe und Frommen aller das hohe Ziel der Arbeitsgemeinschaft im Auge haben.

Wilhelm Steinhilber, 70. Geburtstag. Zu Ehren von Professor D. Wilhelm Steinhilber, der am 2. Februar seinen 70. Geburtstag feiert, veranstaltet die Frankfurter Künstlergesellschaft, deren Ehrenmitglied der bekannte Maler ist, am Samstag, 5. Februar, 7 Uhr, eine akademische Feier mit anschließendem Abendessen im Künstlerhaus an der Braubachstraße.

Große Unterschlagung. Nach Unterschlagung von 6000 Mark ist der bei der hiesigen Schuhwaren-Großhandlung Ferdinand May & Co. angestellte 16jährige Kaufmannslehrling R. W. Müller von hier flüchtig gegangen. Müller war die Buchhaltung anvertraut; er eignete sich aus einem Schatzbuch, dessen lose Blätter sämtlich mit der Unterschrift des gegenwärtig im Felde stehenden Geschäftsinhabers versehen waren, 20 Blätter an. Bei der Filiale der Darmstädter Bank erhob er auf einen Scheck 6000 Mark. In seiner Begleitung befindet sich der 16jährige Kaufmannslehrling Wilhelm Dahn aus Frankfurt, der zweifellos von den Unterschlagungen Müllers Kenntnis hat. Ob Müller bereits weitere Beträge erhoben hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Schecks tragen die Unterschrift „Ferdinand May & Co.“. Müller ist 1,70 Meter groß, schlank, bartlos, hat volles, gesundes Gesicht, aufrechten Gang, trägt Anzeiger und spricht Frankfurter Mundart. Er nennt sich auch Karl von Hefken. Dahn ist 1,75 Meter groß, schlank, hat dunkles Haar, bartloses Gesicht, breites Kinn und aufrechte Haltung.

Wiedergegeben hat Fett. „Da bist du aber schon angeheimert worden; das ist ja gar kein Fett!“ sagte eine Frau zu ihrem Mann, als er ihr ganz stolz ein Hund unangefressenes Wiedergegeben auf den Tisch des Hauses legte. Der Mann ärgerte sich nicht wenig, zumal er einen recht gepflegten Preis bezahlt hatte, nämlich 1,60 Mark für das Hund. Unangefressenes Fett hätte, nach diesem Preis berechnet, 2 Mark das Hund kosten müssen, während es 1,70, höchstens 1,80 Mark kostete. Auf dem Rahrungsmittelamt wurde festgestellt, daß das dem Ehemann von dem Regieremeister Benna Leopold verkaufte Zeug zu drei Dritteln Wiedergegeben war, an dem ein Drittel Fett hing. Leopold hatte sich damit eines Vergehens gegen das Rahrungsmittelgesetz, einer Rahrungsmittelverschwendung, schuldig gemacht und wurde vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt.

Ein vielstetiger Dieb. Wegen schweren Diebstahls wurde der 27 Jahre alte Werkzeugmacher Hermann Böhl von hier festgenommen. Er ist in die Wohnung einer verheirateten Herrschaft und in mehreren Kellern eingebrochen. Unter seiner Diebstahlsbeute befinden sich nachstehende Sachen, deren Eigentümer noch nicht bekannt sind: ein mit rotem Leder überzogener Kasten mit Instrumenten für Nagel- und Hautpflege, ein rundes Ringstücken aus gelbem Metall, vier Ringe, darunter zwei Dameninge, davon einer mit einem Rubin und zwei kleinen Perlen, ein Ring mit einem Saphir und mit kleinen Perlen umfaßt, ein gelbberntes Uhrenarmband mit silberner Damenuhr, ein Paar Bernsteinohrringe, ein kleines für Nagel- und Hautpflege, ein rundes Ringstücken aus gelbem Metall, ein silberberntes Uhrenarmband, zwei goldene Herrenringe, je mit einem roten und schwarzen Stein, einige Flaschen Wein (Gaußelheimer Kapelle 1911, Gaußelheimer Rotwein, Rasteler Rebenkapel 1910), eine Ringkassette, ein Paar Schlüsselschlösser, eine Damen-Notiztasche. Die Gegenstände können Freitag den 21. Januar, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, auf Zimmer 412 im hiesigen Polizeipräsidium angesehen werden.

Ueberrückfälle. In den letzten Tagen sind in den Radmillonghänden im Nordend mehrere Wohnungseinbrüche vorgekommen. Hierbei wurden nachstehende Uhren gestohlen: eine schwere goldene Soppenuhr mit Schlagwerk, eine goldene Herren-Soppenuhr Nr. 185046, eine goldene Herren-Anfuhre Nr. 83830 und auf dem Radebel Monogram H. H. und eine silberne Herrenuhr mit Goldband Nr. 57123.

Dom Handelskrieg.

Wien, 18. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) Der Washingtoner Korrespondent der „Evening Post“ teilt mit, daß Präsident Wilson auf London von Rostschaffer Page und Oberst House die Nachricht erhalten habe, die Durchführung der Blockade gegen Deutschland werde binnen kurzem verhängt. Es werde bald eine lange Note als Antwort auf die amerikanische Note vom Oktober abgeschickt.

London, 18. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) Die „Times“ erzählt aus Washington, daß dort über Neuerungen, die England in der Seepolitik einführen gedenkt, viel gesprochen wird. Man ist sich darüber einig, daß die amerikanische Regierung die Einführung einer regelrechten Blockade billigen wird, dafür sei es aber notwendig, daß die Blockade gesetzlich sei, d. h., es müsse bewiesen werden, daß die britischen U-Boote in der Ostsee wirklich den Handel in diesem Meere verhindern können. Der Handel mit neutralen Ländern muß frei bleiben, außer wenn die Lehre von der fortgesetzten Reize angewendet werden kann.

Amsterdam, 18. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) Das „Handelsblad“ berichtet, daß von den Dampfern „Rijnland“, „Noordam“, „Nieuwe Amsterdams“, „Oosterdijk“, „Rorderdijk“ und „Rotterdam“ Partien Speck, Schweinefleisch und Gebäck auf Befehl der britischen Regierung vor ein Preisengericht gebracht wurden, obwohl die Waren mit Genehmigung des Ueberseetrusts verkauft und verladen worden waren. Der Speck selbst war zum größten Teil für die niederländische Armee bestimmt. Die Interessenten legten dagegen bei dem Ueberseetrust und bei der englischen Regierung energigsten Protest ein. Man ersuchte den amerikanischen Gesandten um seine Mitwirkung, um die zurückgehaltenen Güter freizubekommen.

London, 18. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) „Daily Chronicle“ meldet aus New York: Der Washingtoner Korrespondent des „New York Herald“ berichtet, die Regierung bereite eine Note an Oesterreich-Ungarn vor, in der für die Beschlagsnahme eines Landdampfers und von Petroleumvorräten durch ein U-Boot Entschädigung und Schadenersatz verlangt wird.

Wien, 18. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) Meldung des Neuterischen Bureau. Die britische Gesandtschaft teilt durch die Presse mit, daß sich in Paris eine Kommission zur Kontrolle der für neutrale Länder bestimmten Lebensmittel gebildet habe.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. Jan.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Dr. Helfferich.
Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht der Antrag auf Vertagung des Reichstages bis zum 15. März.

Abg. Scheidemann (Soz.): macht darauf aufmerksam, daß die Vertagung des Reichstages bis zum 15. März nur eine kurze Zeit bis zum 1. April vorliegt.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es soll schon früher vorgekommen sein, daß die Reichstagsarbeiten nicht rechtzeitig fertiggestellt wurden. Die neuen Steuern werden im wesentlichen einen provisorischen Charakter tragen. Vor dem 15. März kann die Regierung die neuen Vorlagen nicht fertigstellen.

Abg. Bassermann (natl.): Daß die neuen Steuern einen provisorischen Charakter tragen werden, dahinter möchte ich ein Fragezeichen machen. Vielleicht könnte die Steuerentlastung schon vorher veröffentlicht werden.

Abg. Ledebur (Soz.): Wir müssen ausgiebig Zeit für die Beratungen des Reichstages haben; der 15. März ist viel zu spät.

Nach weiterer unentschiedener Erörterung wird der Vertagung zugestimmt.

Es folgt die Beratung der

Resolution über die Zensur.

Die Sozialdemokraten beantragen dazu Aufhebung des Belagerungszustandes und insbesondere Wiederherstellung der Pressefreiheit.

In ihren Resolutionen ersucht die Kommission den Reichstag, daß er:

- a) daß unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmebestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken; b) daß beim Kriegszustand und bei allen Generalbefehlen Pressenotverordnungen aus Verletzung der Militärdisziplin und sonstiger Verhältnisse der Pressefreiheit zu beschränken; c) daß jedem Zeitungsverleger das Recht zusteht, eine mit Begründung versehenen Warnung an den Verlag vorzugeben; d) daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichstages erfolgen darf und ferner, daß Fragen der inneren Politik, der Handelspolitik und der Steuerpolitik der Zensur nicht unterworfen werden.

Abg. Dittmann (Soz.):

Das Symbol, unter dem wir jetzt in den Beratungen eintreten müssen, ist der Maulkorb, ein Maulkorb für den deutschen Reichstag. Hier ist der Beweis! (Redner zeigt dem Hause einen Reichstagsbericht des „Volksboten“ für Halle, aus dem die Zensur verschiedene Stellen gelöscht hat.) So führt uns die Zensur mit den Reden herum, die wir halten. (Lebhaftes Geklirr!) Hier bei den Sozialdemokraten.) Die meisten Stellen, die Sie sehen, enthalten die Kritik, die Simon hier am Donnerstag an der Reichstagsdebatte geübt hat. Die Streichung in Halle ist auf telegraphische Anordnung von Berlin aus erfolgt und der Halle'sche Polizeikommissar drohte das Verbot der Zeitung an, wenn die Streichungen anders als durch ganz kleine unauffällige Stellen kenntlich gemacht würden. Da haben Sie die Zensur in Reinkultur, wie sie lebt und leidet, wie sie tagtäglich bei uns in

Deutschland wütet gegen das freie Wort.

Da haben Sie den schlagenden Beweis dafür, wie unsere Gewalttätigkeit im Lande auf Gesetz und Verfassung herumtrampelt. (Große Unruhe. Glorreiche Präsidenten.)

Vizepräsident Dowe: Das dürfen Sie nicht sagen, diese Ausdrücke sind nicht zulässig.

Abg. Dittmann: Ich glaube, daß man im deutschen Reichstag deutsch reden könnte. (Präsident Dowe verbittet sich jede Kritik seiner Geschäftsführung.) In den Zeiten der Kriegszeit sind oft den Wäldern goldene Berge versprochen worden und später wurden die Versprechungen nicht eingelöst. Soll es wieder so gehen, soll es sein so. Was hat man uns nicht alles im Laufe der Kriegszeit versprochen. Bei Kriegsausbruch versprachen die Kaiser, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Im Dezember 1914 sagte der Reichskanzler, wie vor einer Raubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine dichte und dumpe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir aufgerichtet hatten in Mißverstand, Mißgunst und Mißtrauen. Weiter sagte er, eine Befreiung und Beglückung ist es, daß dieser

ganze Ruß und Unrat weggesteckt

ist, daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem andern. Und dann führte der Reichskanzler aus, Deutschland führe den Krieg für Recht und Freiheit, damit wir uns entwickeln könnten als ein freies Volk. Die letzte Thronrede versichert uns in gehobener Konfession, der Geist gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken. Also eine Fülle schöner Worte feierlicher Versicherungen und freier Williger Versprechungen ist über das deutsche Volk ausgeschüttet worden. Wenn Worte Latein wären, wäre das deutsche Volk auf dem besten Wege, das freieste und glücklichste Volk zu werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie aber das versprochene Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Wirklichkeit aussieht, das habe ich Ihnen schon eingangs an einem drastischen Beispiel gezeigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo ist denn der gefeierte Geist des Vertrauens und Vertrauens gegenüber dem deutschen Volke. Wer so schöne Zukunftsvisionen und Versprechungen macht, der muß doch auch in der Gegenwart etwas von diesem Vertrauen verdienen lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber es ist alles beim Alten geblieben, es herrscht

das tiefste Mißtrauen gegen das Volk.

Selbst die gesetzlichen Garantien, die die bisherigen Freiheiten schützen, sind beseitigt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Hierher verleierte der Oberbefehlshaber in den Marken, daß die Verhängung des Belagerungszustandes nur erforderlich sei zur raschen gleichmäßigen Durchführung der Mobilisation. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Aber auch nach der Mobilisation wurde er aufrecht erhalten, die vollziehende Gewalt verblieb bei den Militärbefehlshabern, die nach und nach ihre Befugnisse erweitert haben, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, die persönliche Freiheit wurden nach und nach aufgehoben, und an Stelle von Recht und Gesetz ist

Willkürherrschaft und schrankenlose Diktatur

getreten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Zustände sind nicht etwa die Folge einer Reihe von Mißgriffen, sondern die Folge des ganzen Systems. Das militärische Denken und Fühlen kennt eben nur Befehl und Gehorchen, eine Schule moderner Staatsverwaltung kann die militärische Laufbahn sicher nicht sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was haben die Generalbefehle aus dem Kaiserwort über die Parteien und aus dem Bürgerfrieden gemacht. Nach ihrer Auffassung haben die Parteien überhaupt keine Existenzberechtigung mehr. Das ganze Volk soll einen neutralen Standpunkt haben, der aber natürlich der Standpunkt der Militärgewalt ist. Dabei hat am 19. März vorigen Jahres selbst Graf Helldorf als Berichterstatter der Budgetkommission festgestellt, daß die Forderung des Bürgerfriedens keine Aufgabe grundsätzlicher Anschauungen und grundsätzlicher Parteistandpunkte bedinge, und der Reichskanzler sagte: Ohne Parteien, ohne politischen Kampf kein politisches Leben und für das freieste und einigste Volk. Diesen Erklärungen widerspricht die Praxis der Generalbefehle und der Militärbefehle auf schroffe. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Bekenntnis zum Sozialismus, die Vertretung sozialdemokratischer

Forderungen wird in einer ganzen Anzahl von Korpsbezirken nicht gebildet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Presse unserer Partei wird vielfach unter Zensur gestellt, unsere Redakteure haben einen täglichen Kleinkrieg mit den Zensoren um jedes einzelne Wort zu kämpfen. Angeblich besteht nur eine rein militärische Zensur, in Wahrheit ist sie zur politischen Zensur geworden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Politische Fragen werden einfach für militärische Angelegenheiten erklärt. Ueberhaupt ist jedes Gebiet des öffentlichen Lebens Politik, Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft, Literatur, bürgerliches Leben, alles was ist, in den Bereich der Zensur gezogen, die dort herumwirtschaftet wie das bekannte Tier im Porzellanladen. Selbst die Konserwativen klagen über die Zensur, doch dürfte auf jedes Dutzend Fälle in denen sie darunter zu leiden haben, Hunderte von Fällen bei uns kommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Arbeiterklasse kann ihre Interessen nur in vollster Öffentlichkeit vertreten, sie braucht also Presse und Versammlungsrecht. Sämtliche die Aufklärung schonnungslos an den Pranger stellen, die sie trotz hoher Kriegsgewinne um ihren Lohn prellen, so wären manche Mißstände nicht möglich gewesen. Aber die Zensur läßt es nicht zu, sie unterdrückt das einzige Schuttmittel gegen soziale Mißstände, die öffentliche Kritik. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Gewerkschaften haben während des Krieges auf das Kampfmittel des Streikes verzichtet. Zum Dank dafür werden sie der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ konnte die schamlosen Verschimpfungen und Verleumdungen gegen die Arbeiter hinausgeschleudern, dem deutschen Metallarbeiterverband aber ist verboten worden, einfach die Tatsache auszusprechen, daß von den Unternehmern Verschleierungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen versucht worden sind. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Und dieses Verbot hat die ausdrückliche Zustimmung des preussischen Kriegsministeriums gefunden. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Da müssen ja die Arbeiter die Zensur als eine Diktatur des Unternehmertums ansehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die rechtzeitige und rücksichtslose Bekämpfung des Lebensmittelmisstandes wurde in einer ganzen Anzahl von Korpsbezirken von der Zensur einfach unterdrückt. Erst als die Preissteigerung und Erhöhung zu groß geworden war, wurde etwas Kritik des Mißstandes gestattet, zunächst aber nur für die bürgerliche Presse. Der sozialdemokratische, die unter Zensur stand, wurde nicht einmal der Nachdruck solcher kritischen Artikel erlaubt. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Eine Kritik der absolut unzulänglichen Regierungsmassnahmen ließ die Zensur überhaupt nicht zu. Erst allmählich trat ein Wandel ein, aber als es zu spät war, und der Wucher längst alles Roth überstritten hatte. Der bekannte Anruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes war sachlich unanfechtbar, und in der Form sehr zurückhaltend. Das Wort „Wucher“ kommt überhaupt nicht darin vor. Aber der „Vorwärts“ wurde unter Zensur wegen des Nachdrucks gestellt. Und bei der Aufhebung der Zensur wurde eröffnet, wenn die Redaktion auch weiter nicht beurteilen kann, ob von solchen Artikeln eine Störung des Bürgerfriedens eine unermessliche Wirkung auf das Ausland zu befürchten ist, so wäre das Oberkommando erneut verpflichtet, die Zensur über den „Vorwärts“ zu verhängen. Aber verschiedene Zensurergänzungen in anderen Korpsbezirken waren auch so „beschränkt“, in dem Auftrug des Parteivorstandes keinen Verstoß gegen den Bürgerfrieden zu setzen, darunter auch Herr v. Gahl in Münster, in dessen Bezirk fast alle sozialdemokratischen Blätter unter Zensur stehen. Die Zensur arbeitet auch positiv. Sie schreibt vor, daß bestimmte Artikel abgedruckt werden sollen. Sie ist dabei Handlangerin der politischen Polizei. Schon bei Kriegsbeginn hat der preussische Minister des Innern den Versuch gemacht, die ganze Presse des Landes zu bearbeiten. In seinem Erlass an die Landräte bezüglich der „Neuen Korrespondenz“ sagt er, die mit einem Stern versehenen Artikel müssen in allen Zeitungen ihres Kreises abgedruckt werden, und macht die Landräte persönlich hierfür verantwortlich. (Hört! Hört! b. d. Soz.) So hat man die Zeitungen zum Abdruck aus der „Norddeutschen Allgemeinen“, in der Ausgabe der „Täglichen Rundschau“ gezwungen. In aller Eile hat die preussische Regierung unter Bruch des Bürgerfriedens die raffiniertesten Vorrichtungen getroffen, damit die kommenden Wahlen in ihrem Sinne ausfallen. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Redner berichtet den Erfolg des Ministers über die Vernichtung einer Plattenkorrespondenz durch die Kreispresse. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Das zeigt, wie der Kampf von den Schülern der Regierung geführt wird. Es sei nur an den Befehl des Landrats a. D. von Bonn erinnert. Die Unmöglichkeit dieses Vorgehens wird noch dadurch unterstrichen, daß die Presse verhindert wird, die Quelle dieser aufgeschwungenen Artikel anzugeben. Das ist der ungeheuerliche Bewußtseinszwang.

politische Immoralität in höchster Potenz.

(Präsident Dowe trägt diesen Ausdruck als unparlamentarisch.) Die Zensur will im In- und Ausland glauben lassen, daß es in Deutschland überhaupt keine Zensur gäbe und daß die Zeitungen sämtlich freiwillige Regierungsmannschaften seien. Dabei gibt es Korpsbezirke, in denen die Zensur bis zur letzten Angelegenheit ausgedehnt wird. Damit schafft man eine Atmosphäre, in der die unheimlichsten Verleumdungen geglaubt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von den Rednern verlangt man Vorlegung des Wertlautes der Reden. Vorlesungen politischer und gewerkschaftlicher Vereine, Versammlungsmannschaften sind sogar verboten worden. Ein Abgeordneter durfte über die Angelegenheiten des Reichstages nicht Bericht erstatten. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Antrid wurde unter Strafandrohung verboten, mitzuteilen, daß er seine Rede vorher vorlegen müsse. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Unrechth! Empörend sind auch die vielen

Eingriffe in die persönliche Freiheit

In Düsseldorf, Remscheid, Duisburg haben 50 bis 60 Parteigenossen ein Verbot vom Generalkommando erhalten, überhaupt zu reden, weil sie eine Eingabe an den Parteivorstand mitemitgeteilt hätten. (Wiederholtes Geklirr! Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In Solingen wurde ein Genosse, der zum Abgeordneten gewählt war, vom Landrat gestoppt, als er zur Reichsfeier der Minderheit gehörte. Schlimmer noch ist die durch kein Gesetz gerechtfertigte militärische Schuchhaft. Mißliebige Personen werden, oft infolge schmätzer Denunziationen, einfach in Haft gesetzt und zum Teil ohne Verleumdung mit ihren Verleumdungen gelassen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Anzahl von Fällen sind sie einfach ins Meer geworfen worden, obwohl sie kurz vorher für unanständig erklärt waren. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nicht

ein Schand auf Recht und Gesetz?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Kunst und Wissenschaft macht die Diktatur nicht halt. Erste Stude werden verboten, der schlimmste Mißgriff darf ausgeführt werden. Der Zensur im 7. Korpsbezirk, Abg. Dr. Krüger, ist Supranationalität und schreit Artikel in der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“ für Annexion. Er behandelte die Erklärung der Nationalisiergenalen und der sozialdemokratischen Partei mit zweierlei Maß. Redner berichtet dann eingehend die Behandlung der Veröffentlichungen des Bundes „Neues Vaterland“ und die Erlasse verschiedener Generalkommandos. Wenn es so weitergeht, kommen wir

zurück zu den Zeiten der Heiligen Allianz.

Ist das das Ziel, für das das deutsche Volk die unerhörten Opfer bringt? Nach Ansicht verschiedener Kreise ist Friede ohne Annexion als Bundesvertrag. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo steht es geschrieben, daß die militärische Gewalt unschuldig trifft, was dem Volke frommt? Hat nicht Bismarck 1866 gerade mit den hohen Militärs den allerwichtigsten Konflikt gehabt? Er siegte trotzdem, weil der Kronprinz auf seine Seite trat. Nicht jede Zeit hat Kronprinzen, die für Wahrung sind. (Weiterlekt.) Wie würde Bismarck von unseren heutigen Majestäten und Generalen behandelt werden! Auch heute läßt diese militärische Resorpolitik wie ein Alp auf unserer Reichspolitik. Der Reichsleitung sind die Fäden aus der Hand genommen. Unserem Genossen Verstein wurde verboten, ein Werk, das erst nach dem Waffenstillstand herauskommen sollte, in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren der Regierung und den Abgeordneten zuzustellen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) So stellt man

Reichstag und Regierung unter Kuratel

des Oberkommandos. Man will Parlament und Regierung fesseln, daß das Verlangen nach Annexion die wahre Stimme des Volkes sei. Diesen verderblichen Witzwort gilt es zu zerlegen. Deshalb muß die Bahn frei gemacht werden für die Erörterung der Kriegsziele. Dann werden die Herren Annexionisten ihr blaues Wunder erleben. Das deutsche Volk will einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarn ermöglicht, und weist die tölsten Eroberungspläne zurück. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein schwacher Hoffnungstrahl leuchtet aus dem Valsamwinkel.

Die Zeit ist überreif für den Frieden; es fehlt der Staatsmann, der den Mut hat, das erste Wort zu sprechen. Deshalb muß das Volk es selbst tun.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Ausland ist gar nicht auf die Artikel unserer Presse angewiesen; es wird durch Spionage und aus neutralen Ländern weit besser informiert. Das gegenseitige Vertrauen und Mindestmaß unter dem Zwange der Zensur ist daher eine Torheit und ein Verbrechen an der Menschheit. Wenn dieses verwerfliche Spiel aufhört, wird sich eine verblüffende Uebereinstimmung der Völker in den Grundforderungen für den Frieden zeigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Land, das den ersten Schritt tut, wird seinen unerschöpflichen Kredit erhöhen. Die Reichsregierung hätte die Pflicht, den Belagerungszustand aufzuheben, denn die verfassungsmäßigen Berechtigungen liegen längst nicht mehr vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es darf nicht ein willkürliches

Regiment nach russischem Muster

aufrechterhalten werden. Entweder ist die Regierung ohnmächtig der Militärdiktatur gegenüber oder sie befindet sich im Gegensatz zu ihren feierlichen Erklärungen und will die Kriegszeit mißbrauchen, ein reaktionäres Regiment einzuführen. Sollen wir nach dem Kriege denselben Kampf für unsere staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten kämpfen, wie unsere Väter vor hundert Jahren? Wir Sozialdemokraten sind bereit dazu und des Sieges bewußt. Die inneren Kämpfe werden dann aber Formen annehmen, gegenüber denen alles, was die Geschichte kennt, verbleibt. Wir wollen den bürgerlichen Rechtsboden nicht von der Militärdiktatur in Scherben schlagen lassen. Das geistige und öffentliche Leben Deutschlands muß befreit werden von dem alten Militärdespotismus. Darum: Fort mit dem Belagerungszustand und freie Bahn dem freien Wort in Schrift und Rede! (Lebhaftes Bravo und Geklirr bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gerkenberger (Zentr.): In Bayern hat sich die sozialdemokratische Presse einer Freiheit erfreut, um die sie andere Zeitungen beneiden. Der Bürgerkrieg wird ja manchmal merkwürdig ausgelegt, indem der Angreifer im Vorteil ist und der Angegriffene sich nicht wehren darf. Die Erörterung der Kriegsziele dürfte kaum die vom Korredner erhofften Folgen haben; dagegen sollte die Diskussion über die Volksernährung nicht unterbunden werden. Wir wissen ja, daß wir durchhalten können. Die Privilegien der Zensur für Zeitungen sind nicht durchführbar und (schädigt die Betriebe schwer, noch schwerer natürlich das Verbot.

Abg. Jüschke (Zentr.): Es ist nicht rechtzeitig dafür gesorgt worden, daß die Militärgewalt sich von der bürgerlichen Rechtssphäre abgesondert wurde. Freilich konnte niemand einen so langen Krieg voraussehen. Es fehlt aber eine Zentralstelle für die Zensur. Durch die Zensur der Zensur ist viel Schaden gestiftet. Die Zensur ist auch oft ungerecht und ungleichmäßig, so zum Beispiel in der Frage der Erörterung der Kriegsziele. Beim Zeitungsverbot haben wir in der Kommission gesprochen, daß es nur mit Zustimmung des Reichstages ausgenommen werden dürfe. Wir verlernen die Schwierigkeiten nicht, weil der Reichskanzler gar nicht die rechtliche Möglichkeit hat. Dieser Antrag wird also praktisch nicht durchzuführen sein; aber die Verantwortung muß auf diesem Gebiete aufrechterhalten bleiben. Vieles wird auch das Zeitungsgeheimnis außer Acht gelassen. Dieses Verfahren widerspricht dem Rechtsempfinden.

Abg. Stresemann (natl.): Der Erlass des Ministers v. Loebell fordert zur schärfsten Kritik heraus. Man kämpft hier nicht offen, sondern sucht hinterher die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Wenn man die heutigen Fälle der Zensur gehört hat, ist es schwer, seine Satire zu schreiben. Das sind doch keine Einzelfälle mehr, das ist ein ganzes System. Das härteste ist aber, wenn auch die Berichte des Reichstages unter Zensur gestellt werden. Der Begriff Bürgerkrieg wird jetzt sehr einseitig ausgelegt. Man hat unter Volk nur sehr einseitig von der Stimmung des Auslandes unterrichtet. Wir sollten die Erörterung der Kriegsziele hier solange aufheben, bis auch ihre Besprechung in der Presse erlaubt ist. Die Erörterung der „Kriegsfrage“ im Reichstages würde wie eine betrübende Tat; so sollte auch die Diskussion über die Haltung der Vereinigten Staaten freigegeben werden, ebenso die Erörterung der Kriegsziele. Ich kann mir nicht erklären, wo hier das Staatsinteresse gefährdet werden könnte.

Abg. Dr. Czeret (natl.): Wir sehen uns nicht nach einer Fortdauer des Belagerungszustandes. Er ist aber nötig. Die Zensur der Jugendchriften und der Bühnenspiele halte ich unter Umständen für geboten. Auch wir werden den Tag segnen, wo die Zensur verschwindet. Aber jetzt ist der Tag noch nicht da. Heute ist der König der Lüge. Die Zensur mag den Neutermeldungen gegenüber angebracht sein. Die Zensur wird auch besonders drückend empfunden. Der Bürgerkrieg darf kein Friedensfriede sein. Er darf nicht den Mißmachs vorbereiten. Wir alle sollen uns als Brüder eines Ganges fühlen. Wir müssen und bekämpfen, wir müssen uns aber verstehen. Wenige Tage vor dem Treubruch Italiens wurde ein Satz, der dieses Ereignis vorausagte, beschlagnahmt. Jetzt versteht man nicht, weshalb nicht auch die Amerikaner beim rechten Namen genannt werden dürfen. Auf die Haltung Amerikas haben diese Maßnahmen doch keinen Einfluß. Deshalb dürfte über die fast völlige Einstellung des U-Boot-Krieges nichts gesagt werden? Das Volk versteht es nicht. Die Zeit bis zur Freigabe der Kriegszieleerörterung darf nicht zu weit gestreckt werden. Was kann es schaden, wenn wir unsere Meinung offen und ehrlich ausdrücken, daß die deutschen Grenzen nach Osten und Westen erweitert werden müssen? Wer von uns würde angeklagt der Verwüstung Ostpreußens es bei den bisherigen Grenzen belassen wollen. Deshalb dürfen wir das nicht sagen? Die Herausgabe der Länder entspricht dem Empfinden des deutschen Volkes durchaus nicht. (Beifall.) Keine Verleumdung um jeden Preis!

Abg. Martin (Reichst.): Die Aufregung über den ministeriellen Erlass ist mir unverständlich. (Unruhe.) Auch die Regierung muß ihre Ansicht zum Ausdruck bringen können. Mit einer Herausgabe der besetzten Gebiete im ganzen wäre das deutsche Volk nicht einverstanden.



"Unsere Marine"
beste 2 Pfg.
Cigarette
TRAUFREI
Georg A. Jasmalski
Ahlengasse 11

Abg. Dr. Spahn (Nfr.): Ich halte die Annahme der fortschrittlich-nationalliberalen Resolution ohne eine Kommissionsberatung nicht für möglich. Die Notwendigkeit, die Belagerungsbestimmungen zu ändern, erkennen wir nicht. Das geht aber nicht in dieser kurzen Zeit bis zum 15. März. Das wissen die Antragsteller auch. Ein Vorwurf gegen die militärischen Stellen ist unangebracht.

Abg. Heine (Sog.):

In der Beurteilung gewisser Erscheinungen des Belagerungszustandes sind wir ebenso einig wie bei der Beurteilung der Rötter des „Vandalen“. Die Ausdehnung des Belagerungszustandes auf das ganze Reich ist ein Mißbrauch des Gesetzes, und wenn es in kriegerischen Zeiten auch mehr auf die Notwendigkeiten als auf die formellen Zuständigkeiten ankommen mag, so müssen solche Maßregeln doch auf das Notwendigste beschränkt bleiben. Aus der Fülle der Einzelheiten will ich besonders die Mißstände nicht anführen, denn es handelt sich um ein System, das naturgemäß verfehlte Maßregeln erzeugen muß. Von einem Tag zum anderen ist die Forderung einer Beschränkung der Belagerungszustände nicht da. Der Belagerungszustand ist zunächst dem Kaiser selbst verhängt und man dachte nicht daran, Vereine, Versammlungen und Pressefreiheit aufzuheben. Es fragt sich, ob die Generalkommandos überhaupt befugt waren, solche ergänzenden Verordnungen zu erlassen. Viel Verständnis für die Würde des Kaisers und die Bedeutung eines solchen Schrittes zeigen die Generalkommandos nicht, wenn sie so in den Rechten des Volkes herumfuchtelten. Die Zensur gleicht dem Riesen im Goetheischen Märchen, der ein ganz guter Kerl ist, aber mit seinem Schatten überall Unheil anrichtet. Der gute Wille der Herren Generale entschuldigt gar nichts, guter Wille gepaart mit Unfähigkeit hat noch immer Unheil in die Welt gebracht. In Berlin hat man die Zensur einem Chef der politischen Polizei übertragen, der bei der Überwachung der politischen Umtriebe schon seine Unfähigkeit erwiesen hatte. Die Zensurierung der Parlamentsberichte ist abgesehen von ihrer Verfassungswidrigkeit eine Dreifachheit und gleichzeitig eine Dummheit. Ganz widersinnig ist die Unterstellung in militärische Schutzhaft, wobei den Leuten oftmals nicht einmal mitgeteilt wird, weshalb die Maßregel verhängt ist. Ebenso widersinnig ist die Internierung von „Engländern“ in Kurland. Zum Teil trifft sie Leute, die schon seit dreißig Jahren ihre Naturalisierung beantragt, aber nicht erreicht haben, weil sie Juden sind. (Hört! Hört!) In Elbing hat man dem sozialdemokratischen Verein sogar verboten, Mitgliederbeiträge zu fassen. Wie paßt ein derartiges System zu dem Kaiserwort, daß keine Parteien, sondern nur noch Deutsche existieren. Die Zensur ist Militärs übertragen, die im Frieden ihre Achtung vor der Presse durch Behauptungen wie

Preßbengel, Ferkel, Wehrhase

bekundet haben. Es sind freilich nicht die Herren, die brauchen ihre Beine einzeln und sich mit dem Volke eins fühlen, sondern alle und zum Teil auch junge Herren, die den Degen nicht führen können. Die Erhaltung des Bürgerfriedens ist überaus wichtig. Wer seine persönlichen Neugierigkeiten und politischen Vorurteile unterwerfen über die Sicherheit des Vaterlandes stellt, wer bei allem was er tut und schreibt, nicht an die Wirkung auf das Ausland denkt, von dem rufe ich ab, gegen den sind mir auch scharfe Maßregeln recht. (Lebhafter Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Namohl, Hört! Hört!, wer nicht mit uns und einig ist in der Verteidigung. (Erregte Hurufe von den Sozialdemokraten. Ruf: Schämten Sie sich!)

Präsident Kämpf ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung.

Abg. Heine (fortfahrend): Die Einheitlichkeit nach innen und außen muß erreicht erhalten werden, das erzielt man aber nicht durch behördlichen Druck, sondern nur durch Vertrauen, und Vertrauen entsteht nur durch Offenheit.

Wenn unsere politischen Meinungsverschiedenheiten offen diskutiert werden und wir doch einig sind in dem Willen zur Verteidigung des Vaterlandes, so wirkt das auf das Ausland mehr, als der von oben diktierte Bürgerfriede. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Debatte über die Kriegsziele sollte freigegeben werden. Die Sozialdemokraten haben wiederholt ihren Standpunkt dargelegt, der alle Annexionen ablehnt. Wir können Deutschland nicht auch noch im Frieden mit der Last innerer nationaler Streitigkeiten beschweren. Die innere Kraft und Gesundheit eines Volkes beruht nicht auf der Ausdehnung seiner Grenzen. Das Volk muß das Bewußtsein haben, den Krieg zu führen für sich selbst, wer den Krieg den Charakter des Verteidigungskrieges nimmt, beginnt mit der inneren Zerkleinerung. Solchen Plänen kann man nur in der öffentlichen Diskussion wirksam entgegenstellen. Wahre Stärke zeigt sich nur in der Freiheit. Entschließen Sie sich, dem Volk die politische Freiheit wiederzugeben, heben Sie den Belagerungszustand auf, um so einmütig wird das Volk den Krieg zum guten Ende führen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dr. Lewand: Da Krieg auch wirtschaftlich geführt wird, England namentlich mit Verleumdungen arbeitet und mit der Initiative der öffentlichen Meinung im neutralen Ausland, können wir auf den Belagerungszustand nicht verzichten. Die stellvertretenden Generale führen in gleichem Verantwortlichkeitsgefühl ihre Ämter, wie die Generale an der Front. Die Vorbelagerung sind im Abgeordnetenhaus genügend erörtert. Hier ist es nicht notwendig. Mit dem ersten Teile der Resolution, wonach keine Einschränkung der Pressefreiheit und der Freiheit der öffentlichen Meinung getroffen werden dürfen, ist auch der Herr Minister von Loebel einverstanden. In Wirklichkeit sind nur verschwindend wenige Zeitungen verboten worden. Andererseits finden Versprechungen mit dem Reichsverband der deutschen Presse statt, die zu einer Verständigung über die technische Handhabung der Zensur führen werden. Auch hinsichtlich der Behandlung politischer Vereine sind wir der Ansicht, daß ihnen möglichst Freiheit zu lassen ist. Die Förderung über die Friedensziele war im Ausschuss verifiziert. Es wäre besser gewesen, wenn sie im Plenum unterblieben wäre. Die Ansicht, daß bei der Reichsleitung irgend ein Mißtrauen den gewerblichen Vereinen gegenüber bestehe, ist irrig. Die verbündeten Regierungen werden bei der nächsten Tagung eine Vorlage machen, die

Erweiterung der Rechte der Berufsvereine

bringen wird. (Bravo!) Die Zensur betrachten wir als ein notwendiges Übel, als ein Übel, das der Krieg mit sich bringt, als eine Beschränkung, der wir auch auf anderem Gebiete ausgesetzt sind. Die Zensur ist die Brücke der öffentlichen Meinung. (Geisterheil und Beifall.)

Abg. Waldstein (Fortfahrend): Ich möchte eine Zusatzfrage zur Protokolle beantragen. (Geisterheil.) Hoffen wir, daß wir von den Tatsachen überholt werden, so daß die Änderung des Belagerungszustandes in der nächsten Session nicht mehr nötig ist.

Abg. Baßermann (natl.) beantragt Zurückweisung der fortschrittlich-nationalliberalen Resolution an die Kommission.

Darauf wird ein Schlußentwurf angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt **Abg. Liebmacht (Sog.):** Obwohl ich mich früher gemeldet habe, als die Herren, die heute zu Worte gekommen sind, wird mir das Wort abgeschnitten. Diese Zensur ist standesgemäß als die heute debattierte. (Präsident Dr. Kämpf ruft den Abg. Liebmacht zur Ordnung.) Sie sollten vor den Parlamenten des Auslandes erröten. (Lachen bei der Mehrheit.) Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Liebmacht, in denen er besonders die Amtsführung des Präsidenten kritisiert, wird ihm das Wort entzogen.

Abg. Dittmann (Sog.) bedauert ebenfalls, daß ihm das Wort durch den Schlußentwurf abgeschnitten sei.

Abg. Liebmacht (Sog.) bemerkt persönlich: Es ist mir heute wieder zugefallen worden, ich sei ein Landesverräter. (Präsident Dr. Kämpf: Hier ist das nicht gehört worden, sonst wäre es gerügt worden.) Jedenfalls ist mir das lieber, als von Ihnen gelobt zu werden, wie es leghin mehreren Mitgliedern der sozialdemokratischen

Fraktion passiert ist. (Schallendes Gelächter.) Durch Ihr Verhalten zeigen Sie, daß Sie die Wahrheit scheuen.

Die Resolutionen der Kommission werden angenommen, die fortschrittlich-nationalliberalen zurückgewiesen und die sozialdemokratischen abgelehnt.

Nach einem Schlußwort des Präsidenten erfolgt Vertagung bis zum 15. März.

Preussischer Landtag.

Das Herrenhaus genehmigte Verordnungen über die erweiterte Gewährung der Wiedereingliederung in den vorigen Stand an Kriegsteilnehmer; über ein vereinfachtes Entlassungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen; und über Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermitglieder. Sicherstellung des Gemeindefriedens der Kriegsteilnehmer, Bekämpfung der Mord- und Raubhufen-epidemie im Reichsgebiet.

Der Entwurf des Fischereigesetzes wird einem Ausschusse von 21 Mitgliedern überwiesen.

Das Abgeordnetenhaus überweist dem Gesetzentwurf über weitere Beihilfen zu Kriegswahlfahrtausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände der verstärkten Budgetkommission.

Der Gesetzentwurf betreffend Dienstvergehen der Beamten der Kreis-, Land- und Innungsstellenklassen wird der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung des Knappschafts-Kriegsgesetzes vom 29. März 1915 wird in Verbindung mit dem dazu vorliegenden sozialdemokratischen Antrage ebenfalls der Handels- und Gewerbekommission überwiesen.

Die Verordnungen betreffend die erweiterte Gewährung der Wiedereingliederung in den vorigen Stand an Kriegsteilnehmer, betreffend eine Vereinfachung notwendiger Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, betreffend Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermitglieder, Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer, die Veränderung über die Befugnisse der Kriegshilfsausschüsse in der Provinz Ostpreußen zur eichlichen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen wurden ohne weitere Debatte genehmigt.

Die Verordnung über die Abänderung des § 14 des Gesetzes betreffend Jagdordnung für Hannover wird ebenfalls ohne Debatte der Gemeindefunktion überwiesen. Die Verordnung über die Abänderung der Verordnung über die Förderung des Wiederaufbaus der durch den Krieg zerstörten Ortschaften in der Provinz Ostpreußen wird der Budgetkommission überwiesen.

Letzter Punkt der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Förderung der Anstellung Kriegsbeschädigter.

Nach kurzen Ausführungen mehrerer Abgeordneter erklärt Landwirtschaftsminister v. Scharfener-Beser: Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der in dem Entwurf gemachten Vorschläge allseitig im Hause anerkannt wird. In der Kommission und in der zweiten Lesung werde ich auf Einzelheiten eingehen.

Der Gesetzentwurf wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Nächste Sitzung unbestimmt; voraussichtlich nicht vor Ablauf der nächsten Woche.

Neues aus aller Welt.

Die Taschenlampe als Lebensretter. Die „Tiff. Allgem. Ztg.“ berichtet: In der Reisjahrsnacht war ein Feldwebel, der zurzeit in Tiffit in Quartier ist, in eine außerordentlich qualvoll-beängstigende Situation geraten. Er hatte die Streckenposten auf der Eisenbahnstrecke nach Bogegen zu kontrollieren. In der stockdunklen Nacht geriet er auf der zweiten Brücke mit dem einen Fuß zwischen das Bahngleise und einen nebenherlaufenden Balkenbelag. Wie festgewachsen sah der Stiefel in der Klemme und selbst die ziemlich herkulischen Kräfte des Feldwebels vermochten nicht die Befreiung zu ermöglichen. Der Versuch, den Fuß aus dem Stiefel zu ziehen und diesen dann herauszuarbeiten, scheiterte ebenfalls. Da tauchten aus dem Dunkel der Nacht auch schon die Lichter eines daherkommenden Eisenbahnzuges auf. Man kann sich die Empfindungen des Mannes vorstellen. Aber er hatte ein doppeltes Glück: erstens war die Nacht zwar sehr dunkel, aber klar; zweitens hatte er eine elektrische Taschenlampe bei sich. Da ein Freikommen mit der letzten Ausbuchtung der Kräfte, wie sie nur die Not ermöglichen kann, nicht gelang, schlang der Feldwebel lebhaft seine brennende Taschenlampe. Tatsächlich wurde der Lokomotivführer auf die Signale aufmerksam und wenige Schritte vor dem in dieser verzweifeltsten Lage befindlichen Feldwebel konnte der Zug zum Stehen gebracht werden. Erst mit Hilfe des Lokomotivpersonals gelang die Befreiung. Man braucht sich nicht zu wundern, daß der Feldwebel, der im Felde weder Tod noch Teufel gefürchtet hat, in dieser höllischen Situation im wahren Sinne des Wortes Angst geschwiegt hat und von einer Erregung ergriffen wurde, von der er sich nur allmählich erholte. Die Taschenlampe hat ihm das Leben gerettet.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Wehrh. 1. Nein, 2. Solange eine verkleumdliche Ausbreitung nicht stattfindet, ist nichts zu machen.

F. A. im Westen. Nein, das bayerische Staatsbürgerrecht wird dadurch nicht aufgehoben.

Telegramme.

Englische Sozialisten für Wehrpflicht.

London, 18. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureau. Die sozialistische Kommission für die nationale Verteidigung hat ein Manifest erlassen, in dem gesagt wird, daß die Verpflichtung zur Verteidigung der Freiheit des Volkes den sozialistischen Grundgesetzen nicht widerspricht. Es sei heute leicht, sich dem Dienstpflichtsprinzip zu widersetzen, wenn das Vaterland angegriffen werde. Direkter und indirekter Zwang sei der Schlüsselstein des Gewerkschaftswesens. Ein fürpraktisch taugliches Mitglied einer Gewerkschaft, dessen Arbeit nicht für andere Zwecke benötigt werde und das sich weigerte, die Waffen zu ergreifen, sei ein Feigling. Es handelt sich hier um die Gruppe Bondman, die im scharfen Gegensatz zur Unabhängigen Arbeiterpartei steht.

Sterbefälle.

Auszug aus den Frankfurter Standesbüchern.

- 16. Jan. Hamacher, Auguste Karoline, geb. Umphenbach, Witwe, 79 J., Märkischer Völkchen 30.
- 17. Hilbert, Margarete, 2 J., Eisenbachstraße 14.
- 17. Streder, Gottfried Heinrich Johann, verh., 40 J., Sandhölzer Allee 4.
- 17. Ruhn, Friedrich Wilhelm, Allee, ledig, 60 J., Eisenbachstr. 14.
- 17. Schärer, R. R., togeboren, Eisenbachstraße 14.
- 17. Schenk, Maria Katharina Regina, geb. Tzobald, Witwe, 78 J., Sandhölzer Allee 4.

- 17. Sillendrand, Anna Rosa, 1 J., Eisenbachstraße 14.
- 18. Oberlein, Karl Hermann, 1 M., Eisenbachstraße 14.
- 18. Weindorf, Friedrich, 5 J., Eisenbachstraße 14.
- 18. Raifer, Anna Maria, geb. Schmitt, Witwe, 82 J., Sandhölzer Allee 4.

Auf dem Schlachtfelde gefallen:

- 29. März 1915. Hofmann, Karl Heinrich Hermann, Erschlagener, Kaufmann, ledig, 24 J., letzte Wohnung Oberer Hgmer 14.
- 12. Krupka, Johann, Musikant, ledig, 22 J., letzte Wohnung Schmalbacher Straße 38.
- 5. April. Müller, Albert August, Erschlagener, Schmied, ledig, 24 J., letzte Wohnung Gutenbergstraße 8.
- 12. Juli. Lang, Anton Louis, Musikant, Kaufmann, ledig, 21 J., letzte Wohnung Hinger Straße 12.
- 15. Sept. Orphof, Johann Karl, Musikant, Kaufmann, ledig, 20 J., letzte Wohnung K. Ensliffstraße 15.
- 23. Krauser, Georg, Landwirt, Kartonnagenarbeiter, ledig, 29 J., letzte Wohnung Dilligstraße 24.
- 25. Adler, Joseph, Landwirt, Kaufmann, ledig, 28 J., letzte Wohnung Theobaldstraße 11.
- 30. Seipel, Alois, Erschlagener, Weißbinder, ledig, 23 J., letzte Wohnung Gattenstraße 180.
- 1. Okt. Baum, Jakob Christoph Adolf, Gerbist, Sanbeamter, 25 J., letzte Wohnung Kronenstraße 11.
- 28. Stahl, Eugen, Kreisfremdwärter, Wehantler, ledig, 20 J., letzte Wohnung Kleine Reichenberger Straße 4/6.
- 1. Nov. Raper, Otto, Landwirt, Kaufmann, verh., 36 J., letzte Wohnung Wolfenstraße 34.
- 15. Schuchardt, Hans Kurt, Grenadier, Kaufmann, ledig, 20 J., letzte Wohnung Sandhölzer Allee 34.

In Freien Stunden

Verlag Buchhandlung Vorwärts 10 Pf.
Wöchentlich 1 illust. Hef. Preis 10 Pf.



In diesem Roman zeichnet die beliebte Erzählerin Leben und Schicksal eines Mädchens aus dem Volke, das in die sogenannten ersten Gesellschaftskreise gelangt, um dort in allen seinen Erwartungen von Glück blühen zu sehen. Betrogen in der Ehe, unbesiegt von dem hohlen Wesen ihrer Umgebung, flüchtet sie aus dem Hause ihres Mannes, erlebt als Krankenschwester die Schrecken des Krieges und rettet sich endlich zum Sozialismus empor. In den Kreisen der russischen Revolutionäre in der Schweiz finden wir sie wieder; ein Jugendfreund und Gefinnungsgenosse begegnet ihr, und zum zweiten Male entscheidet sich ihr Schicksal.

Durch seinen Stoff sowohl wie durch die packende, immer lebhaftere Darstellung wird der Roman bei jedem Sozialisten ein starkes Interesse finden, und namentlich die weiblichen Leser werden das Schicksal ihrer Gefinnungsgenossin mit wachsender Teilnahme verfolgen.

Die Bilder zeichnet Professor J. Damberger-München. Neben dem Hauptroman erscheint zunächst:

Die Belagerung von Pfalzburg.

Erzählung von Hermann Chatrian.

Diese Erzählung schildert eine Episode aus den napoleonischen Kriegen: das Zurückdrängen der geschlagenen französischen Armee durch Rothringen, das mit Wagnen erwartete Rachen der feindlichen Heere, die Vorsichtsmaßregeln in der Stadt und schließlich die Belagerung selbst mit all ihrer Verwirrung, Angst, Not und Schrecken.

Weitere Erzählungen werden folgen.

Jedes Heft bringt außerdem leichtverständliche wissenschaftliche Aufsätze und Reden aus allen Lebens- und Wissensgebieten. Auch dem Humor wird ständig eine Ecke eingeräumt.

Ueber die schwarzen und gelben Rassen

ihre Sitten und Gebräuche, und alle Völkergeschichten, mit denen und der Welt in Verbindung bringt, unterrichtet das Buch:

Illustrierte Völkerkunde

Herausgegeben von Dr. Georg Buschan.
420 Seiten mit 16 Tafeln und 100 Abbildungen.
Preis (Hft.) 3.50 nur 1.75.

In bezug durch die
Buchhandlung Volksstimme
Frankfurt a. M., Großer Kirchhof 17.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Mittwoch, 19. Jan., 8 1/2 Uhr: „Petersens Mondfahrt“. Auf. Abonn. Ermäß. Fr. — 7 1/2 Uhr (zum Besten der Wohlfahrts- und Kriegshilfsvereine der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger), zum ersten Male: „Dorothea“. Operette in 1 Akt. Musik von J. Offenbach. Hierauf: „Der Gott und die Bajadere“. Melodram von Goethe. Musik von Franz Ludwig Ferdinand von Bayern. Ferner: 14. Ungarische Rhapsodie von Liszt. Zum Schluss, zum ersten Male (mit neuen Dekorationen, Kostümen und Requisiten): „Anderjens Märchen“. Phantastisches Tanzspiel in 7 Bildern mit einem Vor- und Nachspiel. Musik von Oskar Nedbal. Auf. Abonn. Große Fr.

Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die verkaufte Braut“. (Marie: Frä. Marie Schneider vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg a. G.) 12. Vorstellung im Donnerstag-Abonn. Gewöhnl. Fr.

Freitag, 21. Jan.: Geschlossen.

Sonntag, 22. Jan., 7 Uhr: „Carmen“. 12. Vorstellung im Samstag-Abonn. Gr. Fr.

Frankfurter Schauspielhaus.

Mittwoch, 19. Jan., 7 1/2 Uhr: „Was werden die Leute sagen!“ 12. Vorstellung im Mittwoch-Abonn. Kleine Fr.

Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die Jungfrau von Orléans“. Auf. Abonn. Besond. erm. Fr.

Freitag, 21. Jan., 7 1/2 Uhr: Ludwig-Thoma-Abend: „Die Lokalbahn“. Hierauf: „Die Medaille“. Auf. Abonn. Besond. erm. Fr.

Sonntag, 22. Jan., 7 1/2 Uhr (zu Lessings Geburtstag): „Emilia Galotti“. 12. Vorstellung im Samstag-Abonn. M. Fr.

Sonntag, 23. Jan., 11 1/2 Uhr: Matinee. Rezitationen von Bruno Tuckermann in griechischem Gewand. 1. Odysseus im Sturm (5. Gesang der Odyssee). 2. Odysseus in der Unterwelt (aus dem 11. Gesang der Odyssee). In deutscher Sprache mit begleitender Harmonik. Besond. erm. Fr. — 3 1/2 Uhr: „Roci glückliche Tage“. Auf. Abonn. Besond. erm. Fr. — 7 1/2 Uhr: Deutscher Romdienabend: „Der Fremde“. Hierauf: „Frieden“. Dann: „Sittliche Forderung“. Zum Schluss: „Die Hafenpforte“. Auf. Abonn. M. Fr.

Neues Theater.

Mittwoch, 19. Jan., 8 Uhr: „Kora“. Abonn. B. Gew. Fr.

Donnerstag, 20. Jan., 8 Uhr: „Gelegenheit macht — Liebe“. Abonn. B. Gew. Fr.

Freitag, 21. Jan., 8 Uhr: „Der Weibsteufler“. Auf. Abonn. Gew. Fr.

Sonntag, 22. Jan., 4 Uhr: „Strawpeter wird Soldat“. M. Fr. — 8 Uhr (zum ersten Male): „Die große Pause“. Ein Lustspiel aus sorgfältigen Friedensstücken in vier Akten von Oskar Blumenhal und Max Bernstein. Abonn. B. Gew. Fr.

Sonntag, 23. Jan., 3 1/2 Uhr: Generalprobe von ein lustiges Leben. Volksstück. Fr. von 50 Pfg. bis 2.50 Mk. — 8 Uhr: „Die große Pause“. Auf. Abonn. Gewöhnl. Fr.

Wiesbadener Theater.

Reisend. Theater.

Mittwoch, 19. Jan., 7 Uhr: „Wo die Schwalben nisten...“

Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die seltsame Erzählung“.

Freitag, 21. Jan., 8 Uhr (Volksvorstellung): „Ein toller Einfall“.

Sonntag, 22. Jan., 7 Uhr (Neuheit): „Tante Küschchen“.

Sonntag, 23. Jan., 1/4 Uhr, unbestimmt. — 7 Uhr: „Tante Küschchen“.

Königliches Theater.

Mittwoch, 19. Jan., 7 Uhr: „Des Meeres und der Liebe Wellen“.

Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die Königsfährte“.

Freitag, 21. Jan., 7 Uhr: „Die Rosenkranz- und Gräfin“.

Sonntag, 22. Jan., 7 Uhr: „Carmen“.

Sonntag, 23. Jan., 8 Uhr: „Die Meisterfinger von Nürnberg“.

Montag, 24. Jan., 7 Uhr: IV. Symphoniekonzert.

Dienstag, 1. Febr., 8 Uhr: Gastspiel Jadowitz: „Lohengrin“.

Schumann-Theater.

Letzte Woche! 8 Uhr. „Immer feste druff!“

GROSS-FRANKFURT



Spezialitäten-Theater.

Anfang 8 Uhr 10. Vorher KONZERT. Einlass 7 Uhr.

Gratiella's trop. Prachtvögel

Hilda und Jos. Boller moderne Tänze

Max Marzelli der Urkomische

Thaly von Lutzel Schallreiterin 3 Pferde, 20 Hunde

Steiner's Lilliputaner a. Schleuderbrott

Baekes hess. Bauernpaar

Logenplatz 1.75

Res. Platz 1.20

Saal 0.60

3 Vendora 3 Turn-Neuheiten

Anton Sattler Astral-Sänger

Himi Hermann Vortr.-Künstlerin

Vorverkauf 11-1 Uhr an der Theaterkasse.

Militär wochentags halbe Eintrittspreise.

Leitung **Künstler-Brettel** Am Flügel

Joe. Völle Ende 12 Uhr. Eintritt 50 Pfg.

Anfang 8 Uhr. **Neue Darbietungen.** 5174

Wein — Bier — Kaffee — Kalte und warme Speisen.

Eintritt **Kaffee-Haus.** Eintritt frei!

Ab 4 Uhr **Künstler-Konzert** Ab 4 Uhr unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Wolff van Vries.

Kein Bier-Aufschlag!

Stollbier

zum alten Preis per Flasche 12 Pfg. ohne Glas.

W. Stoll vorm. H. Kölsch Nachfl.

am Hauptgüterbahnhof.

Erhältlich in allen Filialen des Konsum-Vereins, von Latscha und von Schade & Füllgrabe und in allen einschlägigen Geschäften.

Spezialausschank der Brauerei Henninger

Am Opernplatz — früher Wirtschaft Schnell.

Bekannt gute Küche.

Ia Biere direkt vom Fass.

Jeden Donnerstag: Metzelsuppe.

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.

Sieben erschienen und 14 bei uns vorrätig:

Der Wille zum Frieden.

Kritischer Monographischer Bericht über die Beratung der sozialdemokratischen Friedenskommissionen in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 9. Dezember 1915, nebst der am 21. Dezember 1915 vom Abgeordneten Ederst abgegebenen Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion zu der 4. Kriegskreditverleihe.

Preis 10 Pfg. — Porto 3 Pfg. — Feldpost frei.

Zur Lage der Partei.

Von Konrad Garnisch.

Unveränderter Nachdruck der Artikel aus dem „Samburger Echo“, welche sich mit den Vorgängen, die sich am 21. Dezember 1915 im Reichstag und in der Fraktion abspielten, beschäftigen.

Preis 15 Pfg. — Porto 3 Pfg. — Feldpost frei.



Zeil 56

Nur noch

bis Donnerstag!

Nahira

Indisches Drama 1.5. Akten

mit

dem Königl. Schauspielhaus

Berlin.

Dann 4. neue Beiprogramm:

„Auf der Wachtel des Lebens“

Drama in 4 Akten.

Städtebilder

a. aus erhabenen Gebieten

Sorbiens.

Anf. Wochentags 4 Uhr.

Sonntags 3 Uhr.

Wir suchen zum Aus- und Einladen unserer Güter

kräftigen

Arbeiter.

Soldat, der selber im Speditionsfach tätig war und gute Zeugnisse aufweisen kann, erhält den Vorrang. Wochenlohn 35 Mk. 3177

Häuterverwertung Giessen

Krofdorferstraße 115.



Abziehbilder für Laterna magica.

Neuheit:

Weltkrieg 1914/16.

Preis p. Serie von 48 Bildern

3.5 cm 4 cm 5 cm breit

0.50 0.60 0.80

6 cm 7 cm 8 cm breit

1.— 1.40 3.20

sowie

Farben für Bleisoldaten

empfiehlt

Farbenhaus Jenisch

Gr. Hirschgraben 14.

Ankauf

von Knochen, Lumpen, Flaschen

Papier zum Einstampfen

J. Röder, Frohnhoferstr. 6.

Herren- und Damen-Stoffe

Reihe 100tblg.

J. Langenbach Nachfolger

Frankfurt a. M., Kleiner Markt 21.

Biete große Vorteile durch

Erparung d. Bodenmiete u. eig. Ger-

schell d. Ware. Herren- u. Damen-

Kleidung, schwarz, blau, weiß, jede

Größe vorrätig, Hosen, Wärmehü-

tel, Kapsel, Hüter u. Lederkleider enorm

bill. abzug. Berger Str. 107, 1. Herren-

kleidererei. Anzüge werden auch nach

Mess mit u. ohne Stoff und. Garantie

1. gut. Stg. billig angefertigt. 2984

Jean Treutel Wtw.

Zigarrenhandlung

Höchst a. M., Hauptstr. 75



Solange

Vorrat.

Trocken-Vollmilch

Paket 24 Pfg.

(Ersetzt frische Vollmilch)

Zum Versand an die Front

empfehle ich:

Reis mit Früchten Dose 70

Hausmannskost Dose 95

Rippchen mit Kraut Dose 125

Oelsardinen Dose 45, 60, 75

Billing und gut

Hering in Tomatensauce 75

schmackhafte und nahrhafte Speise p. Dose

Für die fleischlosen Tage:

Stangenmaccaroni Pfd. 52

Mischobst Pfd. 64 und 75

Aprikosen Pfd. 120 und 140

Zwetschen kleinstückig Pfd. 65 und 70

do. großstückig Pfd. 78 und 85

Rollmops Stück 20

Bismarckheringe Stück 20

Fst. Heringe Stück 18

Kartoffeln 10 Pfd. 43

Zwiebeln Pfd. 15

Ia Schweizerkäse 1/4 Pfd. 55

Ia Edamer 1/4 Pfd. 55

Camembert Stück 45

Handkäse Stück 10 und 12

Preiswert und gut!

Von der Stadtverwaltung geliefert

Gulasch

aus bestem Schweinefleisch hergestellt.

140

Dose etwa 1 Pfd.



Wiederaufnahme der Praxis

Sanitätsrat

Dr. Bardorff

bisher leitender Arzt des Lazarets Geisingen.



Lichtbilder-Vortrag

Donnerstag den 20. Januar 1916,

abends 8 1/2 Uhr, im „Hotel Casino“:

Balkanstaaten u. Balkanvölker

Herr Lehrer Sedemann-Frankfurt.

Gefang: Fräulein G. Schwalbach.

Klavier: Fräulein G. Kaufmeyer.

Rückruf für Volksvor-

lesungen in Höchst a. M.

Eintritt frei — Preis. Geden für die Kriegsfürsorge.

Hanauer Zentral-Begräbniskasse.

Sonntag den 23. Januar 1916, vormittags 11 Uhr,

im Rassenhof „Zum Grafen Philipp Ludwig“:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorsitzenden. 2. Berichterstattung der Protokolle.

3. Kassenericht durch den Kassanten. 4. Bericht der Revisoren.

5. Vorstandswahl. 6. Anträge und Wünsche.

Ein zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.